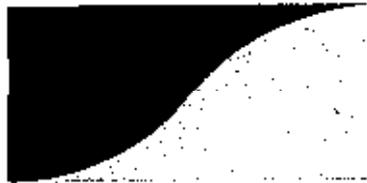


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d



Inhalt

Professor Gerhard Hei-
mann MdB zu den Regie-
rungsvorstellungen über
historische Museen: Gehä-
use ohne Inhalt.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB
zum Kampf gegen den
Verkehrstod: Der Gurt
rettet täglich Menschen-
leben.

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB
zur Semantik des Stars im
Kohl-Kabinett: Riesenhu-
ber und die politische
Phraseologie.

Seite 4

Willy Brandt MdB zur Er-
innerung an Gustav Klin-
gelhöfer: Ein Politiker,
der sich um Berlin be-
sonders verdient gemacht
hat.

Seite 5

Dokumentation

Wir zitieren aus den
Schmäh- und Drohbrieffen
an Heinz Galinski, die die-
sen nach seiner Kritik an
den antisemitischen Fell-
ner-Außerungen erreicht
haben.

Seite 6

41. Jahrgang / 11

16. Januar 1986

Gehäuse ohne Inhalt

Zu den Regierungsvorstellungen über ein „Haus der Geschichte“
und eines „Deutschen Historischen Museums“

Von Professor Gerhard Heilmann MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für
innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Die geplanten Vorhaben eines „Hauses der Geschichte der Bundes-
republik Deutschland“ in Bonn und eines „Deutschen Historischen
Museums“ in Berlin haben immer noch keine inhaltliche Grundlage.

Jahre hat die Bundesregierung bisher gebraucht, um sich über Stel-
lenpläne, äußere Fragen der Organisation, Architektenwettbewerbe
und Termine für Grundsteinlegungen zu verständigen. Über die in-
haltliche Konzeption beider Vorhaben besteht nach wie vor keine
Klarheit.

Das geht aus einem Bericht hervor, den die Bundesregierung im Aus-
schuß für innerdeutsche Beziehungen erstattet hat und der auf ein-
hellige Kritik gestoßen ist. Offenbar will die Bundesregierung das
äußere Gehäuse errichten, ohne den Inhalt zu kennen, für den ge-
baut wird.

Vertretbar ist nur der umgekehrte Weg: Erst müssen unabhängige
Kommissionen, in denen das gesamte wissenschaftliche Meinungs-
spektrum vertreten ist, die Ergebnisse ihrer Überlegungen vorle-

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Konform mit
den
Bestimmungen
des
Papier-



gen. Die interessierte Öffentlichkeit und vor allem der Bundestag und das Abgeordnetenhaus von Berlin müssen Gelegenheit zu einer gründlichen Diskussion haben.

Der Regierende Bürgermeister kann nicht zusehen, wie Schritt für Schritt vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor zumindest folgende Punkte geklärt sind:

1. Will Berlin ein Museum im überlieferten, aber überholten Verständnis des 19. Jahrhunderts oder ein offenes Forum, das mit wechselnden Ausstellungen der ganzen Komplexität der deutschen Geschichte gerecht wird?
2. Soll Berlin für die Vergangenheit zuständig sein und Bonn für Gegenwart und Zukunft?
3. Wollen wir in Berlin nur Nationalgeschichte pflegen oder einen Beitrag zur gemeinsamen Geschichte von Deutschen und Slawen in Ostmitteleuropa leisten?
4. Für das geplante „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn stellt sich eine ganz andere Frage: Ist das der Beitrag der Bundesregierung zu einer von nun an gesonderten Geschichtsschreibung für die Bundesrepublik und für die DDR?

Diese Fragen bedürfen der umgehenden Klärung.

(-/16.1.1986/rs/ks)

+ + +



Der Gurt rettet täglich Menschenleben**Der Verkehrstod ist kein unabänderliches Schicksal****Von Klaus Daubertshäuser MdB
Obmann im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages**

In Teilen unserer Gesellschaft hat sich der Irrtum verfestigt, der Verkehrstod sei eine fast unvermeidbare Begleiterscheinung unserer Mobilität und Technik. Der Rückgang der Zahl der Verkehrstoten in 1984 um über 1.500 und der voraussichtliche Rückgang in 1985 um 1.800 hat deshalb beinahe Zufriedenheit ausgelöst. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben. Dieser „Erfolg“ beweist gerade, daß der Verkehrstod in seinen schrecklichen Ausmaßen nicht unser unabänderliches Schicksal ist. Es kann viel mehr erreicht werden.

Die Sozialdemokraten haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Verkehrssicherheit zu einer dauerhaften Gesamtinitiative aller gesellschaftlichen Kräfte werden muß. Es kommt darauf an, daß Rücksichtnahme auf und Verständnis für den jeweils anderen wichtiger genommen werden als die auf Vorteil und Machtgewinn ausgerichteten Merkmale einer Ellbogen-Gesellschaft. Leben, Gesundheit und Eigentum im Straßenverkehr hängen wie kaum ein zweiter Bereich vom Verhalten jedes Einzelnen ab. Die Eigenverantwortung des Einzelnen darf aber von der Politik nicht als Alibi für Nichtstun in der Verkehrssicherheit mißbraucht werden. Die Verkehrssicherheitsarbeit kann sich deshalb nicht beschränken auf Appelle an das ethische Verantwortungsbewußtsein. Die Erfahrungen beweisen es.

Von Anfang an stand fest, der Gurt rettet Menschenleben. Die Vermittlung dieser Einsicht in der Öffentlichkeit hat aber nicht die Anschnall-Quote nach oben getrieben. 1984 hat der Bundesverkehrsminister die alte sozialdemokratische Forderung nach einem Bußgeld für Gurtmuffel endlich eingeführt. Seitdem ist die Zahl der Verkehrstoten deutlich rückläufig. Die Sozialdemokraten haben ihr Verkehrssicherheitskonzept vorgelegt. Sie haben eine klare gesellschaftspolitische Zielvorstellung formuliert: Nur halb so viele Verkehrstote und Verletzte und damit eine Halbierung des menschlichen Leids in den nächsten zehn Jahren.

(-/16.1.1986/rs/ks)

+ + +



Riesenhuber und die politische Phraseologie

Anmerkungen zur Semantik des Stars im Kohl-Kabinett

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Forschungsminister Riesenhuber gilt als eines der (wenigen) kompetenten und erfolgreichen Mitglieder dieser Bundesregierung - was angesichts der Konkurrenz von Koryphäen wie Schwarz-Schilling, Zimmermann, Warnke und Wilms freilich nicht viel heißen will.

Man muß ihm aber zugute halten: Es sind noch keine größeren Pannen passiert und mit den deutschen Raumfahrern tritt er auf, als habe er das Projekt erfunden und persönlich die Mission geleitet.

Und als kompetent gilt der Minister, weil er dem staunenden Kabinett chemische Formeln erläutern kann:

Deshalb verdient es Beachtung, wenn sich der intellektuelle Star des Kabinetts grundsätzlich äußert - so zum Beispiel in seinen „zehn Thesen zur Forschungspolitik“, veröffentlicht in der „Zeit“ im letzten Herbst.

Riesenhubers Thesen klingen schön und sind in bester Regierungsemantik von Fortschritt, Wachstum, Innovation und Markt geschrieben. Bei näherem Hinsehen entpuppen sie sich als hohl und leer und lassen sich samt Erläuterungen in zehn sehr einfachen Sätzen zusammenfassen. Ungefähr so:

1. Wirtschaftlicher Erfolg braucht Innovationen.
2. Hochtechnologien werden wichtiger.
3. Strukturwandel durch technischen Fortschritt sichert Beschäftigung.
4. Technischer Fortschritt bewirkt Wachstum.
5. Innovationen brauchen Forschung und Entwicklung.
6. Wirtschaftlicher Erfolg braucht Forschung.
7. Staat und Markt brauchen eine Rollenverteilung bei Forschung und Entwicklung.
8. Forschungspolitik braucht zum Erfolg eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik.
9. Die Grundlagenforschung braucht den Staat.
10. Der Staat muß die Bedingungen für Forschung verbessern.

Man sollte den Forschungsminister mit dem Jakob Mierscheid-Preis für Wortreichtum und Gedankenarmut auszeichnen. Sein Kanzler würde das noch als Auszeichnung auffassen. (-/16.1.1986/rs/ks)

+ + +



Zur Erinnerung an Gustav Klingelhöfer

Vor 25 Jahren starb der SPD-Politiker, der sich um Berlin besonders verdient gemacht hat

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am heutigen 16. Januar sind 25 Jahre vergangen, seit ein besonders verdienter Sozialdemokrat verschieden ist: Gustav Klingelhöfer starb im 73. Lebensjahr nach schwerer Krankheit.

Er hatte sich nach dem Krieg im Ringen um die Unabhängigkeit Berlins als Wirtschaftspolitiker und Publizist einen Namen gemacht. Neben Ernst Reuter war es vor allem seiner Initiative zu verdanken, daß Berlin-West 1948 in den Bereich der Westmark einbezogen wurde. Anders wäre es aufgesogen worden.

Als viertes von acht Kindern wurde Klingelhöfer 1888 in Metz als Sohn eines Handwerkers geboren. Nach einer Ausbildung bei einer Sparkasse: Werkstudent, Abitur, Studium der Volkswirtschaft. Das Erlebnis des Krieges, besonders die Weigerung der maßgeblichen Kräfte des Kaiserreichs, Friedensinitiativen aufzugreifen, führte ihn 1917 in die Reihen der Sozialdemokratie.

Dann: 1918 Mitglied des Soldatenrates in München und enge Verbindung zu Kurt Eisner. Für seine Verbindung mit der Räteregierung wurde er zu fünfeneinhalb Jahren Festungshaft verurteilt, die er zu intensivem Studium der Nationalökonomie nutzte. Von 1924 bis zum Verbot des „Vorwärts“ durch die Nazis war er wichtiger Wirtschaftsredakteur. In der Nazizeit betrieb er ein Fotokopiergeschäft und hielt sich damit finanziell über Wasser.

Nach dem Zusammenbruch gehörte er zu den ersten, die in Berlin die Sozialdemokratische Partei wieder ins Leben riefen. Als wirtschaftspolitischer Sekretär wurde er Mitglied des Zentralausschusses der SPD für Berlin und die Ostzone. Von Anbeginn an nahm er gegen eine sogenannte Vereinigung Stellung, die in Wirklichkeit bedeutete, daß die Sozialdemokratie mundtot gemacht wurde. Immer wieder war er es, der Otto Grotewohl aufforderte, eher die SPD aufzulösen als der von der sowjetischen Besatzungsmacht befohlenen Zwangsvereinigung stattzugeben. Als erkennbar war, daß Grotewohl nicht mehr frei in seinen Entschlüssen war, schied er aus dem Zentralausschuß aus.

Der Westberliner Stadtregierung gehörte er bis 1951 an; danach hat er als Mitglied des Bundestages im Wirtschaftsausschuß für die Entwicklung Berlins einen bedeutsamen Beitrag geliefert. Ich möchte in Erinnerung rufen, was uns damals an ihm beeindruckte und was wichtig geblieben ist: Ihn beschäftigten die großen Wandlungen der Welt, die im Gange waren oder die sich abzuzeichnen begannen. Im Verhältnis zur Dritten Welt sah er die eigentliche Aufgabe der neuen Generation. Und er sprach von den großen gedanklichen Entwicklungslinien, die über die Ismen der zurückliegenden Jahrzehnte hinausführten.

Bis zuletzt beschäftigte ihn die Frage nach der Freiheit „wozu“ mehr als die der Freiheit „wovon“. Und er sah, neben dem mehr oder weniger technisch gewordenen Problem des umfassenden materiellen Wohlstands den kulturellen Schwerpunkt einer über den Tag hinaus wirkenden Bewegung, die sich weiter an den Grundgedanken der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Solidarität orientiert.

{-/16.1.1986/rs/ks}

+ + +



DOKUMENTATION

Fellners Saat

Aus Schmäh- und Drohbriefen an Heinz Galinski

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hermann Fellner hat sich am 16. Januar für seine antisemitische Äußerung zur Entschädigungs-Forderung ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter entschuldigt. Damit ist die Äußerung freilich nicht aus der Welt - ebenso wenig wie die Droh- und Schmähbriefe an den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, die Fellner provozierte. Wir zitieren aus diesen - zum Teil namentlich gezeichneten - Briefen, die in vollem Umfang in der nächsten Ausgabe des „blick nach rechts“ dokumentiert werden, weil sie die Existenz eines virulenten Antisemitismus belegen, dem mit aller Entschiedenheit entgegen getreten werden muß.

- o „Mein lieber Galinski!
Fell(n)er hat ganz recht, wenn die Juden was von Geld hören, sind sie wie der Teufel hinter die Seele, besser gesagt, wie die Aasgeyer. ... BRD das Schlaraffenland der Ju(den). Wenn sie immer wieder von 6 Millionen umgekommener Juden fasseln, ratsam wäre, einige Nullen zustreichen, dann die Hunderttausenden Nichtjuden abziehen, dann kämen wir der Wahrheit etwas näher. Wenn man Sie ... sieht, hat man den Eindruck das es Ihnen im KZ nicht schlecht gegangen sein kann.“
- o „Jude!
Aufgrund Deiner letzten schweren Angriffe ... ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Du keines natürlichen Todes stirbst. ... stehen wir hinter den Ausführungen des Abgeordneten, der nur das ausgesprochen hat, was alle denken.“
- o „Sie haben in krimineller Weise die Aufführung eines Theaterstücks verhindert, weil Sie die Wahrheit nicht vertragen können. ... Jetzt erpressen Sie die Deutsche Bank ... , wie Sie es in den letzten Jahren so oft getan haben und wie Sie es vor 1933 getan haben. ... Ich habe .. einen antisemitischen Bürgerbund gegründet mit dem Ziel, daß alle Juden aus Deutschland in ihr Heimatland auswandern, nach Israel.“
- o „An alle dreckigen, stinkigen, frechen, betrügerischen, Juden in Deutschland, Israel, Amerika und der übrigen Welt! Jetzt reicht es uns! Heute, 40 Jahre nach Kriegsende kommt dieses knoblauchfressende Volk ... und möchte ... erpressen ... „Die Juden sind unser Unglück“, so schrieb der ‚STÜRMER‘, nein die Juden sind das Unglück der gesamten Welt. ... Hitler hätte es viel einfacher und billiger haben können, kein Dachau oder Auschwitz - eine Wann von 6 x 6 m mit konzentrierter Schwefelsäure, alle Juden rein und es wäre noch nicht einmal ein stinkiger Rest übriggeblieben. ... JUDA VERRECKE ...
ein Deutscher“
- o „Du Judenlümme!, du dreckiger,
...
Sieh Dich vor, Deine besten Zeiten hast Du hinter Dir. ... Wie reudige Hunde sollte man Euch Judenpack einzeln erschlagen, daß die Menschheit endlich von einer Geisel erlöst wäre. ... Judenpack raus, das Saupack, das elendige!“
- o „Sehr gngעהrter Herr Jude!
In der ganzen Welt ist Ihr Vorhandensein ein leider notwendiges Übel.“
- o „Adolf Eichmann
...
Lieber Heinz,
... Was ich nicht verstehe, daß Ihr Alle kaum in einem Land bleibt seid. ... Verläßt doch alle die Stätten, wo man Euch nicht mag.“

(-/16.1.1986/rs/ks)

